

Sammelpetition – Zwischenbilanz

Wolfgang Schmidt, Mitglied des Vorstandes

Der Vorstand von ISOR beschäftigte sich am 26. August 2009 mit den ersten Ergebnissen und Erfahrungen bei der Unterschriftensammlung zur Sammelpetition gegen das Rentenstrafrecht.

Eine aussagekräftige Übersicht über bisher geleistete Unterschriften liegt noch nicht vor. Die ersten Unterschriftenlisten, die in der Geschäftsstelle der ISOR eingegangen sind, sagen wenig aus. Aber das ist im Augenblick von geringer Bedeutung. Es geht schließlich überhaupt nicht darum, die Sammlung möglichst schnell, sondern mit einer maximalen Anzahl Unterschriften abzuschließen. Dazu ist noch bis zum 15. Oktober Zeit und viele TIG haben von vornherein darauf orientiert, die Unterschriftenlisten zu sammeln und geschlossen an die Geschäftsstelle zu übersenden.

Wie die Vorstandsmitglieder einschätzten, gestaltet sich die Unterschriftensammlung bisher insgesamt sehr differenziert. Während manche ISOR-Mitglieder bereits die zweite und einige sogar schon die dritte oder vierte Liste Unterschriften sammelten, haben andere noch nicht einmal die eigene Unterschrift geleistet. Der Erfolg unserer Aktion kann aber nur gesichert werden, wenn sie von allen unseren Mitgliedern getragen wird.

Nach Beendigung der Urlaubs- und Gartensaison gilt es also, ausgeruht und erholt, nochmals aktiv zu werden, um ein Ergebnis zu erreichen, das Politik und Justiz beeindruckt. Je mehr Unterschriften, desto besser! Aber Achtung: Jeder darf nur einmal unterschreiben!

Die Mitglieder des Vorstandes berichteten, dass sie überall eine große Aufgeschlossenheit gegenüber dem Anliegen unserer Sammelpetition feststellten. Als günstig erweist sich die Verbindung unserer Unterschriftensammlung mit der gemeinsamen Unterschriftenaktion von Gewerkschaften, der Volkssolidarität, des BRH und anderer zur gerechten Rentenangleichung Ost an West.

Zu verspüren war, dass nicht wenige Unterzeichner ihre Unterschrift als Zeichen ihrer Solidarität mit den als »Täter« stigmatisierten und gesellschaftlich ausgegrenzten ehemaligen Mitarbeitern des MfS verstanden wissen wollten. Die Unterschriftensammlung bietet auch Gelegenheit, noch abseits stehende ehe-

malige Mitarbeiter des MfS und andere ehemalige »Staatsnahe« anzusprechen, sie auf unsere Bemühungen im sozialen Kampf um Rentengerechtigkeit aufmerksam zu machen und auch für unsere Organisation zu gewinnen.

Gesammelt wurden und werden Unterschriften in Parteien, in sozialen Bündnissen und befreundeten Vereinen (insbesondere GRH, GBM, Volkssolidarität, Arbeitslosenverband, RotFuchs), in Kleingartenanlagen, an Informationsständen bei Veranstaltungen, bei Klassen- und Kollegen-Treffen, unter Hausbewohnern und Nachbarn und vor allem natürlich unter Freunden, Bekannten und Verwandten.

Vereinzel wurden Bedenken geäußert, die Unterschriftensammlung könnte zu Nachteilen für die Unterschriftsleistenden führen. In diesem Zusammenhang ist nochmals ausdrücklich auf Anliegen und Inhalt unserer Sammelpetition zu verweisen. Diese Sammelpetition kann jeder unterschreiben, der Geist und Buchstaben des Grundgesetzes der BRD ernst nimmt. Was wir fordern, haben 1995 z.B. SPD-Bundestagsabgeordnete in einem Antrag an den Bundestag auch gefordert.

Das Grundgesetz verbietet die Benachteiligung wegen Herkunft oder politischen Anschauungen (Artikel 3), es garantiert das Eigentum (Artikel 14), zu dem unstrittig auch die durch Beitragszahlung erworbenen Rentenansprüche gehören, es gewährleistet das Petitionsrecht (Artikel 17) und billigt jedem zu, gegen Verletzung seiner Grundrechte Verfassungsbeschwerden erheben zu können (Artikel 93).

Zweifellos wurde das Grundgesetz in 40 Jahren Bundesrepublik unentwegt ausgehöhlt - ein Prozess, der auch heute noch anhält. Ohne Zivilcourage ist ein solcher Prozess nicht aufzuhalten. Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!

Wir sehen die Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik keineswegs in den rosigen Farben, in denen sie als Kontrastprogramm zum angeblichen »Unrechtsstaat DDR« gemalt wird. Wir vergessen aber auch nicht, dass praktisch alle bisherigen und durchaus beachtlichen Erfolge im Kampf gegen das Rentenstrafrecht unter Berufung auf diesen Rechtsstaat und nur nach Ur-

Aus der Arbeit des Vorstandes:

Der Vorstand beriet am 26. August über die Vorbereitung der Vertreterversammlung im November 2009. Die vorläufige Liste der Kandidaten wird in der Oktober-Ausgabe von **ISOR aktuell** veröffentlicht. Die TIG-Vorstände werden um ihre Stellungnahme gebeten.

★

Dr. Rainer Rothe berichtete über den Stand der juristischen Auseinandersetzung zum § 7 AAÜG. Dabei werden in den nächsten Wochen und Monaten voraussichtlich die dann anberaumten Verfahren vor Sozialgerichten außerhalb Berlins und vor dem Landessozialgericht Berlin neue Argumentationen und Aspekte erkennen lassen, auf die zu reagieren sein wird.

★

Wie bereits informiert, hat das Land Brandenburg Zulagen und Zuschläge für die Rentenberechnung bei ehemaligen Angehörigen der Volkspolizei anerkannt. In den anderen neuen Bundesländern wurde deshalb unter Berufung auf diese Entscheidung mit Einreichen von Petitionen betroffener ehemaliger Volkspolizisten an die Landtage begonnen.

Unabhängig davon rät der Vorstand dazu, bei abgelehnten Anträgen den Klageweg zu beschreiten. Davor sollte aber immer geprüft werden, ob eine zu erwartende Rentenerhöhung den Aufwand rechtfertigt. Eine solche Prüfung sollten auch ehemalige Mitarbeiter des MfS mit Vor- oder Nachdienstzeiten in anderen bewaffneten Organen vornehmen, oder solche, die die Grenze von 1,0 Rentenpunkten nicht erreichen.

Für die Angehörigen der NVA, des Mdl als Dienststelle und der Zollverwaltung wird im September 2009 über Petitionen beraten, die auf das Brandenburger Beispiel hinweisen, dann jedoch direkt an den Bundestag zu richten sein werden.

★

Der Schatzmeister Peter Speck berichtete über den Finanzabschluss für das I. Halbjahr 2009.

Da immer mehr TIG dazu übergehen, die Beiträge einmalig für das gesamte Jahr zu kassieren, wurden bis Ende Juni bereits 61,1 % der für das gesamte Jahr geplanten Einnahmen erzielt. Die Entwicklung der Ausgaben verlief planmäßig und bestätigte den realistischen Planungsansatz, der auch die voraussichtlich höheren Ausgaben im II. Halbjahr 2009 (Vertreterversammlung u.a.) berücksichtigt hat.

Aus den abgeführten Aufnahme-Beiträgen ist die Neuaufnahme von 170 Mitgliedern im ersten Halbjahr 2009 ersichtlich.

Der Vorstand dankte Peter Speck für seine umsichtige und zuverlässige Tätigkeit.

➤➤➤ Fortsetzung von Seite 1

teilen des Bundesverfassungsgerichtes erreicht werden konnten.

Die eingeleitete Unterschriftensammlung zur Sammelpetition gegen das Rentenstrafrecht ist die derzeit wichtigste Aktion, um unseren diesbezüglichen Forderungen politischen Nachdruck zu verleihen. Führen wir sie gemeinsam zu einem respektablen Ergebnis, das als unüberhörbares Signal an die politisch Verantwortlichen und an die Gerichte verstanden wird und als politische Schwungmasse für unseren weiteren juristischen Kampf wirkt!

Aus der Postmappe:

Der Abgeordnete der SPD im Bundestag aus Schwerin, Hans-Joachim Hacker, durch den Landesbeauftragten von ISOR für Mecklenburg-Vorpommern kritisch auf sein Abstimmungsverhalten zu den Anträgen der Partei DIE LINKE. angesprochen, antwortete in einem Brief im Juli 2009, hier auszugsweise wiedergegeben, wie folgt:

»In Verbindung mit der Abstimmung habe ich gemeinsam mit anderen Kollegen eine persönliche Erklärung im Bundestag abgegeben, in der ich mein Abstimmungsverhalten erklärt habe. Die Anträge der LINKEN greifen Themen auf, die zum Teil ernsthaft im Rahmen einer Abschlussgesetzgebung gelöst werden müssen. Dieses muss jedoch im Rahmen der Gesamtsystematik des Rentenrechts geschehen.

Meine Auffassung zu den Anwartschaften aus den Sonderversorgungssystemen denke ich, ist bekannt. Zweimal habe ich mich schriftlich im Bundestag mit Erklärungen dazu bekannt.

Ich denke, die Lösung hier genannter Probleme kann nur in zwei Schritten erfolgen. Für die Ansprüche aus den Sonderversorgungssystemen über das Bundesverfassungsgericht und für die Klärung weiterer Widersprüche bei der Rentenüberleitung durch ein Rentenüberleitungsabschlussgesetz, das zeitnah in der neuen Legislaturperiode verabschiedet werden muss.«

Siegfried Felgner

Bei anderen gelesen:

An Vorstand und Geschäftsstelle wurden zunehmend Anfragen zur Rentenbesteuerung gerichtet. Nachfolgend ein Auszug aus dem ND RATGEBER SOZIALES vom Mittwoch, 26. August 2009 zum Thema:

Fiskus – Wann müssen Rentner eine Steuererklärung abgeben?

In letzter Zeit ist das Thema Rentenbesteuerung wieder in die Diskussion geraten.



Am 25. August 2009 fand die Wahl des neuen TIG-Vorstandes Dresden und der Delegierten für die Vertreterversammlung statt.

Als Kandidat für den Vorstand in Berlin bestätigte die TIG wiederum Horst Eismann und dankte ihm für seine Arbeit.

Die unermüdliche Arbeit von Charlotte Staudte wurde vielfältig gewürdigt, und ihr wurde mit viel Beifall für die geleistete Arbeit gedankt. Wir haben sie gebeten, uns als »Ehrenvorsitzende« weiterhin mit ihren Erfahrungen zu unterstützen.

Im ersten Teil unserer Versammlung sprach Prof. Horst Schneider über die Programme der Parteien zu den anstehenden Wahlen zu den Landtagen und zum Bundestag. Dabei stand die soziale Komponente bei den Wahlaussagen im Vordergrund. Detailliert ging er auf Argumentationsänderungen dieser Parteien aufgrund der allgemeinen Wirtschafts- und Finanzkrise ein.

In einem weiteren Schwerpunkt unserer Versammlung berichteten die Freunde über den Stand der Unterschriftensammlung zur Petition und über gesammelte Erfahrungen. Wir müssen unsere Mitglieder weiter mobilisieren, damit unser Ziel von 50.000 Unterschriften erreicht wird, in diesem Sinne haben wir die Betreuer/Kassierer nochmals motiviert. **Andreas Bendel**



Auf der Mitgliederversammlung der TIG Güstrow, über die wir in **ISOR aktuell 7/09** berichteten, wurde eine Willensbekundung beschlossen, die wir nachträglich veröffentlichen:

➤ *Wir anerkennen und sagen Dank für die überlegten Positionen und Schritte des ISOR-*

Grund dafür ist, dass die Finanzverwaltung nach der Bundestagswahl im Herbst 2009 die Rentenbezugsmitteilungen auswerten und viele Rentner zur Abgabe einer Steuererklärung auffordern wird...

Grundsätzlich müssen Rentner eine Steuererklärung abgeben, wenn der Gesamtbetrag der Einkünfte den steuerlichen Grundfreibetrag von 7.834 Euro übersteigt (2008 = 7.664 Euro). Für Verheiratete gelten jeweils die doppelten Beträge. Zur Abgabe verpflichtet ist außerdem, wer neben der Rente auf Steuerkarte hinzuverdiert, Mieteinnahmen oder Einkünfte aus einer gewerblichen oder selbstständigen Tätigkeit zu erklären hat bzw. eine Pension oder Werksrente bezieht.

Das Finanzamt verlangt auch eine Steuererklärung von Verheirateten, bei denen nur einer

Vorstandes und bekräftigen unsere Bereitschaft und Entschlossenheit, den Kampf zur Beseitigung der diskriminierenden §§ 6 Abs. 2 und 7 AAÜG weiterzuführen und mit einer Vielzahl von Unterschriften auf der Sammelpetition zu unterstützen.

➤ *Wir möchten auch unseren Dank an das Rechtsanwaltsbüro Bleiberg übermitteln, das uns in vorbildlicher Weise rechtlich vertritt und deshalb auch weiterhin gerade in der schwierigen rechtlichen Auseinandersetzung bis zum BVerfG unser volles Vertrauen besitzt.*

➤ *Wir unterstützen alle Aktivitäten von Parteien und Organisationen für die Herstellung von Gleichheit und Wertneutralität im Rentenrecht und besonders für die Angleichung des Rentenwertes Ost an den von West.*

➤ *Wir treten auch weiterhin für eine aktive Friedens- und Abrüstungspolitik ein und für ein demokratisches, friedliebendes, soziales Europa. Wir sind gegen Auslandseinsätze im Irak und in Afghanistan, weil wir sie für gesetzwidrig halten.*

➤ *Wir erwarten, dass 20 Jahre nach dem Ende der DDR Schluss gemacht wird mit einseitiger und gefälschter Geschichtsbetrachtung, mit Hetze, Verleumdung und Entstellung der DDR, mit Missachtung der Lebensleistungen und grundgesetzwidriger Diskriminierung von DDR-Bürgern.*

➤ *Wir werden uns bemühen, nach den jetzt erfolgten Europa- und Kommunalwahlen die solidarische Verbundenheit mit progressiven Kräften, die für Rentengerechtigkeit eintreten, zu stärken und unser Anliegen örtlichen Abgeordneten und Vertretern von Parteien und Organisationen bzw. Vereinen zu übermitteln.*

berufstätig ist und der Partner bereits Rente bezieht. Oft kommt es in diesen Fällen auch zu einer Steuerlast.

Etliche Rentner haben außer der Altersrente keine anderen Einkünfte. Wer monatlich nicht mehr als rund 1500 Euro Bruttorente hat, wird keine Post vom Finanzamt erhalten...

Rentner, die diesbezüglich Rat und Hilfe benötigen, können sich im Rahmen einer Mitgliedschaft an eine der zahlreichen örtlichen Beratungsstellen der Lohnsteuerhilfevereine wenden.

Die Anschriften von Beratungsstellen der Mitgliedsvereine des Verbandes können erfragt werden unter der Rufnummer 030/40 63 24 49

Internet: www.Beratungsstellensuche.de

Auf dem Büchermarkt:

Winfried Voigt

Die Falschspieler*DDR-Bürger müssen sich nicht schämen*

(NORA Verlagsgemeinschaft Dyk & Westerbeide, Torstr. 145, 10119 Berlin)

ISBN 978-3-86557-169-4

Preis: 18 EURO

Bestellungen direkt beim Verlag

Tel.: 030 / 20454990

Eine selbstbewusste, polemische Wortmeldung eines DDR-Bürgers in der gegenwärtigen Wertediskussion, die sich der ideologischen Gleichschaltung entgegenstellt und deswegen wohl besonders geeignet ist, die aktuell staatlich verordneten Jubiläumsdiskussionen in den Medien durch andere Sichtweisen zu bereichern.

★

Artur Amthor

»Ruhe in Rostock? Vonwegen«

(verlag am park in der edition ost Ltd. 2009)

ISBN 978-3-89793-169-5

Preis 19,90 EURO

Artur Amthor legt Erfahrungen und seine Sicht aus 38 Jahren Tätigkeit im Dienst der Sicherheit des Bezirks Rostock vor. Er stellt sich engagiert und leidenschaftlich gegen Geschichtsfälschung, Verleumdungen besonders des MfS, gegen Lügen und staatlich verordneten Antikommunismus. Ein sehr persönlicher Beitrag zur Wahrheit im »Jubiläumjahr«, wofür ihm Respekt und Dankbarkeit gebührt.

H. Müller/ M. Süß/ H. Vogel (Hrsgb.)

Die Industriespionage der DDR.*Die wissenschaftlich-technische Aufklärung der HVA*

(edition ost im Verlag Das Neue Berlin)

2. Auflage, Berlin 2009

ISBN 978-3-360-01099-5

Preis: 14,90 EURO

Die Autoren sind bereit, auf Wunsch Lesungen und Problemdiskussionen zu übernehmen.

★

Horst Schneider

Schwarz-Rot-Goldene Worte*Was Politiker der »Wiedervereinigung« gewollt und versprochen haben*

(Verlag Wiljo Heinen Berlin 2009)

ISBN 978-3-939828-50-1

Preis: 5,00 EURO

Telefonische Bestellung: 030 / 47 38 02 09

Es sind Auszüge aus Reden, Publikationen und Erklärungen von Politikern, die maßgeblich den Prozess der Einheit Deutschlands beeinflusst haben, damit aber die stets langfristige Strategie der Vernichtung des Sozialismus zum Ziel hatten.

Veranstaltungen:

Aktionstag gegen Rassismus, Neonazismus und Krieg

Am Sonntag, 13. September 2009,

13 bis 18 Uhr

in Berlin-Mitte, August-Bebel-Platz

★

Protestveranstaltung des OKV mit anschließender öffentlicher Kundgebung

am Sonnabend, 3. Oktober 2009

in der UCI-Kinowelt, Berlin-Friedrichshain sowie am Spaniendenkmal

Gegen Verarmung und Entrechtung der Ostdeutschen für eine bessere Zukunft aller Menschen (Unkosten 3 EURO, Karten i. d. Gesch.stelle)

★

Herbsttreffen des Arbeitskreises Kultur- und Bildungsreisen der GBM

am 31. Oktober 2009 in der Schorfheide,

im Kommunikationszentrum Hubertusstock in Joachimsthal.

Zu den Teilnehmern spricht Dr. Hans Reichelt zum Thema: Erinnerung ist Leben.

Ein Kulturprogramm wird gestaltet von Prof. Wekwerth und Renate Richter.

Weiter sind geplant: eine Wanderung, Besichtigungen des Schiffshebewerkes und des Bauhausdenkmals (ehem. FDGB-Hochschule).

(Teilnahme nach Interessenlage)

Abfahrt 9.00 Uhr Berlin-Ostbahnhof

Preis incl. Busfahrt, Mittag und Kaffee:

18 EURO

Anmeldung: AK Kultur- und Bildungsreisen der GBM, Weitlingstr. 89, 10317 Berlin

Tel.: 030/557 83 97

Termin: 15. September 2009

Impressum**Herausgeber:** Vorstand der ISOR e.V.**Vorsitzender:** Horst Parton**Redakteur:** Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19**V.i.S.d.P.:** Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 26.08.2009**Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:** 30.09.2009**Einstellung im Internet:** 09.10.2009**Auslieferung:** 15.10.2009**Herstellung:** Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin**Geschäftsstelle der ISOR e.V.**

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 – Sekretariat

29 78 43 16 – Geschäftsführer

29 78 43 17 – AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. – Postfach 700423 – 10324 Berlin**e-mail:** ISOR-Berlin@t-online.de**internet:** <http://www.isor-sozialverein.de>**Bankverbindung:** Berliner Sparkasse
Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00**Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:**
Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr**Sprechstunden der AG Recht:**
Jeden 1. und 3. Donnerstag d.M. von 15 bis 17 Uhr